

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

42. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. September 2006, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

in Vertretung von Anna Schlosser-Keichel

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Einrichtung von Regionalleitstellen für die Nutzung des bundesweiten Digital-funks aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)	4
Vorlagen des Innenministeriums Umdrucke 16/1063 und 16/1172	
2. Voten zu den Bemerkungen 2006 des Landesrechnungshofs	5
Umdruck 16/1165	
3. Bürokratiekosten messen und begrenzen	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/774 (neu)	
4. Bericht zu Ausgliederungen aus dem Landeshaushalt und Zahlungsverpflichtungen des Landes	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/937	
5. Bericht der Investitionsbank 2005	8
Drucksache 16/882	
6. Terminplanung für das erste Halbjahr 2007	9
Umdruck 16/1184	
7. Information/Kenntnisnahme	10
8. Verschiedenes	11
9. Teilprivatisierung und Börsengang der HSH Nordbank AG	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/942	

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Einrichtung von Regionalleitstellen für die Nutzung des bundesweiten Digitalfunks aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)

Vorlagen des Innenministeriums
Umdrucke 16/1063 und 16/1172

RL Petersen teilt mit, hinsichtlich der Einrichtung der Regionalleitstellen gebe es unterschiedliche Entwicklungen im Lande. Während im Norden der Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen dem Land und den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg über die Errichtung und den Betrieb der Kooperativen Regionalleitstelle Nord bevorstehe (Umdruck 16/1172), zeichne sich bei den drei anderen Regionalleitstellen keine Einigung mit den Kommunen ab.

Der Finanzausschuss äußert sein Befremden darüber, dass es in drei von vier Landesteilen nicht zu gemeinsamen Regionalleitstellen komme, fragt nach den dadurch entstehenden Mehrkosten für Land und Kommunen und beschließt, die Thematik in der nächsten Sitzung mit dem Innenminister weiter zu erörtern.

RL Petersen legt dar, das Land veranschlage als Mehrkosten pro Regionalleitstelle, die nicht kooperativ betrieben werde, einmalige Investitionskosten von 500.000 € und jährliche Betriebskosten von 100.000 €. Der Mietvertrag für die Regional-Leitstelle „Süd“ (Umdruck 16/1063) solle für 25 Jahre abgeschlossen werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Voten zu den Bemerkungen 2006 des Landesrechnungshofs

Umdruck 16/1165

Auf Antrag von Abg. Koch wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgender Satz im Votenenwurf zu Textziffer 7.13.3 gestrichen: „Der Finanzausschuss teilt die Auffassung des Landesrechnungshofs, dass die Übertragung von Restkreditermächtigungen aus nicht verfassungskonformen Haushalten unzulässig ist.“

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Voten zu den Bemerkungen 2006 des Landesrechnungshofs, Umdruck 16/1165, mit der beschlossenen Änderung zu verabschieden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bürokratiekosten messen und begrenzen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/774 (neu)

Der Finanzausschuss vereinbart, sich im Frühjahr 2007 auf der Grundlage eines Sachstandsberichts und einer Präsentation der Landesregierung intensiv mit der Thematik zu befassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht zu Ausgliederungen aus dem Landeshaushalt und Zahlungsverpflichtungen des Landes

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/937

M Wiegard teilt mit, er beabsichtige die Einführung eines integrierten, automatisierten Rechnungswesen, das die Verknüpfung von Kosten- und Leistungsrechnung mit der Vermögensdarstellung und -entwicklung schaffe und die Voraussetzung für sachgerechte, fundierte Entscheidungen sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht der Investitionsbank 2005

Drucksache 16/882

Abg. Heinold fragt nach der Zahl der Stellen im Zusammenhang mit Förderprogrammen und möchte wissen, wie viele solcher Stellen in der Landesverwaltung weggefallen seien. - M Wiegard sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Nachdem der Ausschuss Anfang des Jahres die Investitionsbank besucht hat, nimmt er den Geschäftsbericht 2005 ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2007

Umdruck 16/1184

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss die in Umdruck 16/1184 aufgeführten Sitzungstermine im ersten Halbjahr 2007 (die im Entwurf vorgesehene Sitzung am 29. März 2007 entfällt wegen einer Reise der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie eine Informationsreise ins Baltikum (Tallinn und Riga).

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/1060 - Geschäftsberichte GMSH und LVSH 2005

Umdruck 16/1061 - Eckwerte zum Haushaltsentwurf 2007/2008

Umdruck 16/1062 - Verwaltungsabkommen KONSENS

Umdruck 16/1157 - Unternehmensteuerreform

Umdruck 16/1171 - Jahresabschluss 2005 des Statistischen Amtes

Umdruck 16/1172 - Kooperative Regionalleitstelle Nord

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Bei Umdruck 16/1060 - Geschäftsberichte GMSH und LVSH 2005 - fragt Abg. Heinold nach Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes auf die GMSH. - M Wiegard sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Bei Umdruck 16/1062 - Verwaltungsabkommen KONSENS - äußert sich der Finanzminister zuversichtlich, dass es gelingen werde, unter den Bundesländern und dem Bund endlich zu einem einheitlichen Besteuerungssystem zu kommen. Zu der in der Presse berichteten Art der Besteuerung im Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern werde er nach vorheriger Prüfung durch die Steuerabteilung ebenfalls schriftlich Stellung nehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Finanzausschuss mahnt abermals die Vorlage der ungeschwärzten **AKN-Gutachten** durch das Wirtschaftsministerium an.
- b) Zur Einstellung der **Fluglinie Kiel-München** erbittet der Finanzausschuss den entsprechenden Protokollteil der Sitzung der Wirtschaftsausschusses vom 20. September 2006.
- c) Abg. Arp als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses trägt dem Finanzausschuss den Wunsch des Wirtschaftsausschusses vor, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften**, Drucksache 16/935, unter Beteiligung der mitberatenden Ausschüsse eine Anhörung durchzuführen.
- d) Auf Wunsch von Abg. Heinold kommt der Finanzausschuss überein, das Thema **Arbeitsmarktförderung** auf die Tagesordnung der nächsten Beratungssitzung zu setzen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Teilprivatisierung und Börsengang der HSH Nordbank AG

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/942

M Wiegard teilt mit, die WestLB habe am 5. September 2006 einen umfangreichen Vertragskomplex zum Verkauf ihres Anteils von 26,6 % an den Investor J. C. Flowers übermittelt. Die Anteilseigner und die HSH Nordbank hätten seit März mit vier interessierten Investoren eine Vielzahl von Gesprächen geführt. Das zum Verkauf stehende Paket umfasse ein Volumen von 1,25 Milliarden €.

Man habe geprüft, inwieweit der private Investor in die Strategie der Bank und der verbleibenden Anteilseigner eingebunden werden könne, denn bekanntlich habe das Land ein Vorkaufsrecht für die Anteile der WestLB. Bei dem Investor Flowers sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass er der Bank sehr wohl behilflich sein könne, die geschäftlichen Aktivitäten stärker auszuweiten, als die öffentlichen Anteilseigner dazu in der Lage wären.

Der neue Anteilseigner müsse natürlich in alle Rechte und Pflichten eintreten, die bisher die WestLB gehabt habe. Darüber hinaus habe man in den Verhandlungen über eine Reihe von Punkten miteinander beraten, die über die Pflichten der WestLB hinausgingen, zum Beispiel die Umwandlung der stillen Beteiligungen im Wert von etwa 750 Millionen €, die für 2007 vorgesehen seien. Auf die WestLB wäre ein zusätzliches Investment in der Größenordnung von 200 Millionen € zugekommen und deshalb sei der WestLB ein Rücktrittsrecht eingeräumt worden. In den Verhandlungen habe man erreicht, dass der Investor von dieser Rücktrittsoption keinen Gebrauch mache, sondern die Umwandlung der stillen Beteiligung, die zusätzliches Engagement von etwa 200 Millionen € erfordere, wie vereinbart umgesetzt werde.

Darüber hinaus habe man vereinbart, dass man, wie in der Grundsatzvereinbarung festgelegt, einen Börsengang der HSH Nordbank anstrebe. Derzeit sei man dazu noch nicht in der Lage, weil eine Reihe von formalen Voraussetzungen noch nicht erfüllt sei. Die Bank solle die formalen Voraussetzungen zügig erreichen. Wenn die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt seien, werde man über einen Börsengang entscheiden, wenn die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dies erfolgversprechend zuließen.

Der Finanzminister fährt fort, Anfang der Woche habe man die Frage erörtert, wer den Betrag von 1,25 Milliarden € aufbringe. Es gebe eine Liste derjenigen, die sich in welcher Größenordnung beteiligten. In den Vereinigten Staaten von Amerika dürfe ein privater Investor Anteile einer Bank höchstens in der Größenordnung von 25 % erwerben. Daher habe man den Anteil in sieben verschiedene Teile aufgesplittet, sodass kein einzelner Investor dieses Kriterium unterlaufe und damit insbesondere das Engagement der Bank in der New-York-Branche nicht gefährdet sei.

Die Landesregierung sei überzeugt, dass alle Bedingungen, die in den vergangenen Monaten mit den Investoren, dem Verkäufer und der Bank erörtert worden seien, vom Investor erfüllt würden und dessen Engagement nichts entgegenstehe.

Auf eine Frage des Vorsitzenden legt M Wiegard weiter dar, in der Grundsatzvereinbarung sei mit Zustimmung des Sparkassen- und Giroverbandes festgeschrieben, dass die HSH Nordbank offensiv einen Börsengang anstrebe. Das impliziere, dass bei Übernahme von Anteilen nicht alle einen öffentlichen Charakter hätten, sondern sei damit verbunden, dass man einen Teil des Kapitals der Bank auf dem privaten Markt platziere.

Seit dem einvernehmlichen Abschluss der Vereinbarung mit dem Sparkassen- und Giroverband sei über die Frage eines Haftungsausschlusses aus dem Sparkassenverbund nie die Rede gewesen. Über die Frage eines Haftungsausschlusses müsse man intensiv diskutieren und entsprechende Gespräche mit dem SGV führen. Denn klar sei, dass man in absehbarer Zeit beabsichtige, einen Börsengang mit einem Teil des Kapitals zu machen, und das bedeute, private Anteilseigner zu haben. Die Frage des Haftungsverbundes müsse geklärt werden.

Herr Berger berichtet aus Sicht des Vorstandes der HSH Nordbank, nach der Fusion Ende 2003 habe man ein neues Geschäftsmodell verabschiedet, das auf der regionalen Verankerung in Norddeutschland und im Ostseeraum und den internationalen Aktivitäten in den Kerngeschäftsfeldern beruhe. Dieses Geschäftsmodell habe man bis zum heutigen Tage relativ erfolgreich umgesetzt. Die Phase der Fusion, der Integration und der technischen Migration sei abgeschlossen und jetzt gehe es darum, das Geschäftsmodell für die nächsten drei, vier Jahre weiterzuentwickeln.

Bei dem Prozess der Umgestaltung einer Bank aus einer öffentlich-rechtlichen Situation in den freien Kapitalmarkt hinein sei es erforderlich gewesen, ein neues Geschäftsmodell zu verabschieden und dies weiter konsequent umzusetzen sowie die sogenannte Eigentümerunterstützung weiter zu haben. Je weiter man sich dem Kapitalmarkt nähere, desto mehr sei man in der Lage, auf Teile dieses Owner Supports zu verzichten.

Die Beteiligung eines Finanzinvestors sei ein logischer, konsequenter Schritt, der gegangen werden sollte. Denn durch die zunehmende Internationalisierung und Spezialisierung in den drei Segmenten werde es mehr und mehr darauf ankommen, internationale Zugänge und internationale Kooperationsmöglichkeiten zu haben. Die Flowers Group biete eine Reihe von Vorteilen: Sie unterhalte Beteiligungen an einer holländischen und einer japanischen Bank und habe darüber hinaus weitreichende Kontakte. Dieser Investor sei nicht nur ein reiner Kapitalgeber, sondern unterstütze durch strategische Komponenten das Geschäftsmodell der Bank. Die nächste Stufe sei folgerichtig ein Börsengang. Fusion, Aktiengesellschaft, neues Geschäftsmodell, Finanzinvestor bis hin zu einem Börsengang - das müsse austariert sein.

Die Frage des Haftungsverbundes beziehungsweise der Sicherungsreserve sei im Moment völlig unübersichtlich. Die HSH Nordbank setze sich mit der Frage auseinander, welche Konsequenzen es hätte, den DSGVO verlassen zu müssen oder zu wollen. Man müsse über das Thema Landesbanken/DSGV-Haftungsverbund insgesamt nachdenken. Man habe die Zielsetzung, bis auf Weiteres Mitglied im DSGVO zu sein.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zum Finanzplatz Kiel erwidert Herr Berger, in den Gesprächen mit allen potenziellen Investoren sei eindeutig bestätigt worden, an beiden Standorten, Hamburg und Kiel, festzuhalten. Es sei nicht zu erwarten, dass es mit dem Einstieg des Finanzinvestors zu einem Personalabbauprogramm kommen werde. Man wolle gemeinsam Ertragswachstum und Ertragswachstumspotenziale realisieren. Seit der Fusion gebe es keinen Personalabbau insgesamt im Konzern. Der Beschäftigungsstand der HSH Nordbank sei in den letzten Jahren im Gegensatz zum deutschen Bankengewerbe geringfügig angehoben worden.

M Wiegard ergänzt, den Investoren sei bewusst, dass zwei Standorte teurer seien als einer, Herr Flowers sehe allerdings, dass das Aufgeben des Standortes Kiel weniger an Kosten spare, als durch den Rückzug aus der Fläche Erträge verloren gingen. Im Übrigen habe der private Investor eine Minderheitsbeteiligung, die Mehrheit der Anteile bleibe in öffentlicher Hand.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Haltevereinbarung teilt er mit, man sei gegenwärtig auf Arbeitsebene dabei, die Haltevereinbarung zu modifizieren. Die Anteilseigner sollten auch zukünftig über 50 % der Anteile an der Bank halten. Hinsichtlich der Quoten der einzelnen öffentlichen Anteilseigner wolle man allerdings mehr Flexibilität schaffen und vereinbaren, dass ein öffentlicher Anteilseigner, wenn er mehr als seine Quote veräußern wolle, das könne, wenn die anderen öffentlichen Anteilseigner bereit seien, die Quote von über 50 % zu halten. An der Haltevereinbarung als solcher - über 50 % der Anteile blieben bei den öffentlichen Anteilseignern - werde nicht gerüttelt. Mit dem Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes und mit dem Hamburger Finanzsenator habe er vereinbart, am 26. September 2009 dem

Vorstand beziehungsweise den Kabinetten eine Beschlussempfehlung vorzulegen, auf ein Vorkaufsrecht zu verzichten.

Auf eine Frage von Abg. Heinold äußert M Wiegard abschließend, die Haltevereinbarung besage, dass die öffentlichen Anteilseigner bis zur Jahr 2013 gemeinsam über 50 % der Anteile hielten, und lege dafür die Mindestquoten fest, die jeder der drei Anteilseigner zu halten habe. Man wolle diese Quoten flexibler gestalten, aber die Summe der öffentlichen Beteiligung halten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/942 abschließend zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer